

Balthus von der Vogelweide und Mussolini.

(Von unserem Bozener Mitarbeiter.)

Bozen, Anfang Januar.
Der Faschismus hat sich mit seinem Verlangen nach Entfernung des Denkmals Balthus von der Vogelweide vom Viktor-Emmanuel-Platz umgelaufen hat, wieder ein Armutszeugnis ausgestellt, wie man es nicht trauriger und beschämender erkennen könnte. Schon die „Begründung“ des Bozener Präsektionskommissärs Dr. Stefanini, mit der der Platz umgelaufen wurde, war kläglich und kaum zu übertreffen in ihrer Unverschämtheit. Oder ist es wirklich nur Kulturlosigkeit allein, die aus solchen Äußerungen spricht? Wenn Dr. Stefanini sich nur ein ganz klein wenig in der Weltgeschichte umgesehen hätte, würde er sich gewiss nicht zu einer derartigen Behauptung — Dante's Verfehlungen haben, wie er es tat, indem er dessen Dichtertätigkeit Balthus von der Vogelweide in einer öffentlichen Kundmachung „einen mittelalterlichen, in der Literaturgeschichte nur wenig bekannten Schriftsteller“ nannte. Aber was schert den Faschismus die Kultur vergangener Zeiten! Die Schwärzenden haben ja eigene Kultur im Ueberflusse. Sie können die Welt damit erfüllen. Eine zweite Zivilisation wird der Faschismus der Welt bringen“, sagte kürzlich Marinacci in der Kammer, und er muß es wissen. Welcher Art diese Zivilisation sein wird, dafür ist die Episode „Balthus-Denkmal“ ein kleines Beispiel und ein kleiner Vorgeschmack.

Kein Volk weiß die Verdienste der Italiener früherer Jahrhunderte auf dem Gebiete der Kunst und Kultur besser zu schätzen, als das deutsche. Keine Wissenschaft hat sich so gründlich und so liebevoll mit der Kunst, der Musik und Dichtung der Italiener beschäftigt, wie die deutsche. Und darum hat auch kein Volk heute so sehr das Recht, dem italienischen einen Spiegel der Wahrheit vorzuhalten, wie das deutsche.

Die Italiener des Mittelalters und die des 16. und 17. Jahrhunderts haben auf vielen Gebieten wahrhaft Großes geleistet. Es ist ja gar nicht nötig, das hier des langen und breiten anzuführen. Das Zeitalter der Renaissance, des Barock, ihre Baukunst, ihre Malerei und Musik, ihre Einflüsse auf die deutsche Kunst — kein objektiv denkender Deutscher wird sie leugnen. Wenn wir Bürger der Residenz sagen, meinen wir auch Tiepolo.

Aber wenn wir Würzburg sagen, denken wir wieder an Balthus von der Vogelweide. Und dieser Gedanke schmerzt. Vergleiche drängen sich uns auf. Italienische Kultur einst und jetzt. Hier nur einer:

Einst: die Kunst der Renaissance, die Kultur der Städte Florenz, Venedig, Rom. Heute: der „künstlerische“ Exponent des Faschismus ist der Ueberfuturist Marinetti! Mussolini und seine Schwarzhemden nehmen ihn bitter ernst, dieselben Oberstaraten, die herrlichen Renaissance- und Barockpaläste läßt man verfallen, fingerbilder Staub, Jahrhunderte alt, liegt auf den kolossalen Eisenträgern. Dafür erheben sich an allen Ecken und Enden Kriegerdenkmäler der geschmacklosesten Art.

Aber wozu braucht der Faschismus eine Tradition! Er pfeift auf sie, wie auf alle Dinge, die ihn beschämen könnten. Das ist das einseitige: Draufpfeifen und Niederknüppeln. Wozu braucht der Faschismus eine Kultur? Er hat ja den Knüttel. Das genügt fürs erste. Und im übrigen Schreien, in Phrasen sich überheben, die Welt aus den Angeln heben — mit dem Mantel, sich selbst in den Himmel, vergehen in ekstatischer Selbstverherrlichung, den Glorienschein des Heidentums um die „römische“ Stirn — das ist der Faschismus.

Viel Ärm um nichts und eine höchst lächerliche Sache, wenn sie nicht so traurig für uns wäre. Die Geschichte wird das Urteil über dieses Theater ja bald genug fällen. Mussolini hat sich sein Urteil selbst ausgesprochen, als er die Komödie des „römischen“ Grusses bei allen Behörden, Beamten, Schülern usw. anbestellte, jenes Grusses mit dem erhobenen ausgestreckten Arm, den er wahrscheinlich einem geschickten deutschen Filmregisseur abgekauft hatte. Die vernünftigen Italiener, es gibt auch noch solche, schämen sich dieser Farce, aber — sie erheben doch die Hand zum „römischen“ Grusse, wenn ein Vorgesetzter eintritt. Ja, der Knüttel!

Um wieder auf Balthus zurückzukommen und sein Denkmal in Bozen, das den Faschisten ein solcher Dorn im Auge ist, daß sie das Standbild um jeden Preis entfernen wollen, daran ändern auch die lammtrinken Erklärungen des Münchner italienischen Konsuls nichts. Die faschistische Presse verlangt die Entfernung des Denkmals. Das genügt.

Einige Wiener Blätter haben etwas voreilig gehandelt, als sie der Gemeinde zur Übernahme des Standbildes und zur Aufstellung in Wien rieten. Sie haben es zwar gut gemeint, aber uns Südtirolern einen schlechten Dienst erwiesen. Daß sich die faschistischen Blätter königlich darüber freuen und mit belächelndem Spott auf diesen Vorschlag eingehen würden, war voraussehen. Und so ist es auch gekommen. Die Trientiner Blätter und der in Bozen erscheinende „Piccolo Pocho“ gratulieren Wien zu dieser Idee und sprechen die Hoffnung aus, daß sie möglichst bald Wirklichkeit werde. Obgleich meine ich, Balthus werde nicht so unbillig sein, die freundliche Einladung, nach Wien zu überleben, abzulehnen. Schließlich wird es in Italien heißen: Nicht der Faschismus hat das Denkmal entfernt, nein, die Deutschen selbst haben eingeleitet, daß es hier sehr am Platze ist, und es fortgeschafft.

Doch wie die Dinge mit dem Denkmal Balthus auch kommen mögen, das eine ist gewiß: das Denkmal, das der Dichter in unseren Herzen besitzt, steht nur noch fester, und immer sind wir der Worte jenes Minnesängers eingedenk, der von ihm sang:

Herr Balthus von der Vogelweide,
Der des vernah, der ist mir leide.

Silke für Südtirol.

München, 12. Jan. Ein vorbereitender Ausschuss, der sich hier gebildet hat, erlät heute einen Aufruf zur Hilfe für Deutsch-Südtirol, in dem einsehend die Gewalttätigkeit der Italiener zur Unterdrückung des Deutschentums geschildert und zur Tat für unsere in einem Verzweiflungskampf stehenden Brüder aufgerufen wird.

Im „Popolo d'Italia“, dem Renierungsblatte Mussolinis, ist eine Zuschrift eines gewissen Dr. Priolo veröffentlicht, welche die Forderung enthält, ein Gesetz zu erlassen, wonach die Aufenthaltserlaubnis für deutsche und österreichische Staatsbürger in Südtirol auf 24 Stunden beschränkt werden soll. Begründet wird diese Forderung mit dem Hinweis, daß der Zustrom deutscher Reisender nach Südtirol den Angleichungsprozess der Südtiroler an Italien verzögere.

Der „Popolo d'Italia“ empfiehlt diesen Vorschlag wärmstens, bekräftigt aber eine Einschränkung der Aufenthaltserlaubnis auf zwölf und weniger Stunden. Das Italien Mussolinis kann auf den deutschen Fremdenverkehr verzichten,“ schreibt das Renierungsblatt.

Das ist die Antwort auf die Tatsache, daß im Jahre 1924 laut statistischem Nachweis aus Deutschland am meisten Fremde nach Italien gefahren sind, nämlich 186 000 (England folgt mit 122 000), während die Statistik des Jahres 1925 noch aussteht, jedenfalls aber eine noch größere Ziffer aufweisen wird. Gegenüber dieser neuesten italienischen Herausforderung muß nochmals nachdrücklich auf die Mahnung der Vaterländischen Verbände aufmerksam gemacht werden: **Nicht nach Italien!**

Uebergriffe italienischer Faschisten in Basel.

Basel, 12. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion des Baseler Parlaments hat eine Interpellation eingebracht, in der sie die Übergriffe der italienischen Generalkonsul verlangt. Sie erklärt, die Baseler faschistische Partei habe sich behördliche Funktionen angeeignet und sei dabei auch vom Generalkonsul unterstützt worden, der seine Stellung zur Terrorisierung der nachfaschistischen Italiener mißbrauche. Die Baseler faschistische Gruppe erklärt demgegenüber, daß der Konsul auf eigene Verantwortung vorgegangen sei. Die italienische Gesandtschaft in Bern hat auf die Vorstellungen des politischen Departements gegen den Konsul entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Berlin, 12. Januar. In einer von der deutschösterreichischen Freiwirtschaftspartei an den Preussischen Landtag gerichteten Anfrage wird gefordert, daß die Anstellung des als faschisten bekannten Dr. Vertoldi als Lehrer der italienischen Sprache an der Universität von Bukarest gemacht werde. Vertoldi sei in der Bekämpfung des Deutschentums in Südtirol besonders aktiv gewesen.

Der Handwertertag gegen das Preisabbau-Gesetz.

Vollversammlung des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks.

(Wagner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Berlin, 12. Januar. In der Vollversammlung des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks am Dienstag ergriff Reichsminister Dr. Krohn in seiner Eigenschaft als stellvertretender Wirtschaftsminister das Wort. Er unternahm es, noch vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen die Vorlage der Regierung zur Förderung des Preisabbaues zu rechtfertigen und wies die Ansicht zurück, daß es sich hier um ein Sondergesetz gegen das Handwerk handle. Bei den Worten des Ministers entstand gleich zu Anfang eine große Unruhe in der Versammlung. Der Redner wurde von lebhaften Zwischenrufen mehrfach unterbrochen, worauf er erklärte:

„Wenn Sie die Absicht haben, die Debatte von vornherein so sehr zu stellen, dann will ich mich kurz fassen. Die Maßnahmen der Reichsregierung sollen im Interesse der Allgemeinheit eine Preislenkung herbeiführen und die für das deutsche Volk lebenswichtige Wirtschaftstätigkeit fördern. Damit ist für jeden Wirtschaftszweig die Notwendigkeit gegeben, auf Preislenkung bedacht zu sein. Darum möchte ich mit der Bitte schließen, daß Sie die großen, dem Werke zugrunde liegenden Gedanken berücksichtigen möchten. Bei der Stimmung im Hause glaube ich kaum, daß dies notwendig wird.“ Der Minister verließ hierauf sofort den Saal.

Den ersten Vortrag der Tagung hielt dann der erste Geschäftsführer Dr. Wenz. Er bezeichnete die Vollversammlung als eine Kundgebung der

Abwehr gegen die ungerichtete und einseitige Behandlung des Handwerks durch die sogenannte Preislenkungspolitik der Reichsregierung

und gleichzeitig als eine Kundgebung des Protestes gegen die heute übliche Einschätzung und Behandlung des Handwerks in der öffentlichen Meinung. Dieser Unterweisung seiner wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung gegenüber steht das Handwerk genötigt, sein altes Recht nachdrücklich und feierlich zu vertreten. Im Rahmen dieser Aufgabe gab dann der Redner einen Ueberblick über den Standpunkt des Handwerks zur Preislenkungspolitik und die bisherigen Maßnahmen innerhalb des Reichsverbandes zur Unterdrückung des Preisabbaues, sowie über die außerordentlich schwierige Stellung des Handwerks in der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Zwei Aufgaben gelte es zunächst zu lösen: Die Abwendung unserer Kreditnot und die Milderung der Ueberlastung unserer Wirtschaft. Das schlimmste, was geschehen konnte, sei die planmäßige Beeinträchtigung der öffentlichen Meinung gegen das Handwerk, vornehmlich durch die Anträge der Industrie und Handelskammern, gemeldet. Man wolle endlich einmal durch amtliche statistische Erhebungen den Anteil des Handwerks an der deutschen Wirtschaft feststellen. Dann werde auch die gegenwärtige Behandlung aufgehört. Der Schlag, den die Regierung gegen das Handwerk führen wolle, werde das Handwerk nicht zerstören, sondern erst recht zusammenschweißen.

Der Mitberichterstatter, Generalsekretär Hermann, beschloß sich mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Preisabbaues, der durch die Vermeidung der veralteten Materialien den Anschein erwecken solle, als beabsichtige die Regierung kein Sonderverfahren gegen das Handwerk und seine Berufsorganisation. Demgegenüber müsse festgestellt werden, daß dieser Gesetzentwurf in seinem Kern nicht sachlich gegen das Handwerk richte. Während der preussische Minister für Handel und Gewerbe in vorbildlicher Weise den Beschluß des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks zur Preislenkungsfrage ohne das schwere Geschloß der Gesetzgebung auf dem Verwaltungswege durchzuführen wolle, glaube die Reichsregierung mit Sondergesetzen und Polizeimaßnahmen ihre faschistische Preislenkungsaktion weiterführen zu können. Die Aufhebung der Verordnung über die Geschäftsauflage und ihre Ersetzung durch ein Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses könne arundfänglich gebilligt werden. Das Gesetze aber amechmäßigerweise durch ein besonderes Gesetz, etwa in Form einer Novelle zur Konkursordnung, der einseitige Schuldnerhaft, wie er seit dem Kriegsausbruch in Deutschland geübt worden sei, habe zu schweren Schäden, insbesondere für den ausländischen Kredit Deutschlands, geführt, und es sei endlich an der Zeit, den Gläubiger wieder zu schützen, damit Treu und Glauben im Geschäftsleben endlich wieder ihren Einzug hielten.

Der Reichskommissar für das Handwerk, Ministerialrat Hopp, wandte sich gegen die Ausführungen von Dr. Wenz, daß in dem Verhalten der Reichsregierung dem Handwerk gegenüber ein Verstoß gegen Treu und Glauben liege. — Generalsekretär Dr. Wenz erklärte, er könne seine Behauptung nicht zurücknehmen. Man habe das Handwerk nicht rechtlich benachteiligt, sonst wäre manches anders gekommen. (Sehr. Beifall.) Reichstagsabgeordneter Drewhig (Wirtsh.) bemerkte, vor verammelter Fraktion habe Reichsminister Dr. Krohn erklärt, er werde nicht nur seine neuen Gesetzesvorlagen einbringen, sondern auch die sechs Rotverordnungen vom Februar 1923 aufheben. (Hört, hört!) Demals habe man geglaubt, sich auf ein Ministerwort verlassen zu dürfen. Man habe sich aber getäuscht. — Reichstagsabgeordneter Dr. Wenzel (Dn.) bekräftigte die Mittelungen des Vorredners. Es handelt sich um ein Ausnahmegesetz gegen einen Stand, das gar nicht erst an den Reichstag kommen dürfe. Das Handwerk müsse unbedingt einen Staatssekretär bekommen, um seine Interessen tatkräftig durchzusetzen. — Reichstagsabgeordneter Eiser (S.) erklärte gleichfalls, es wäre am besten, die Vorlage käme erst gar nicht an den Reichstag. Er freute sich, daß der Kanzler von sich aus die Bereitwilligkeit zur möglichen Förderung des Preisabbaues bewiesen habe. Hoffentlich habe man bald eine Regierung, mit der man sich auseinandersetzen könne.

Der Vorsitzende des Deutschen Preislergewerbes, Lammertz, wandte sich gegen den in der Presse gegen das Preislergewerbe erhobenen Vorwurf unberechtigter Preislenkung. — Reichstagsabgeordneter Loh (Bayr. Sp.)

stellte mit, daß sich auch das bayerische Handwerk und Gewerbe auf schärfste gegen den Gesetzentwurf ausgesprochen habe. Er erwartete die Ablehnung des Entwurfes durch den Reichstag oder die Befreiung der Mängel aus dem Gesetz. Politische Gründe hätten an der Vorlage gefehlt, denen das Handwerk geopfert werden solle. — Reichstagsabgeordneter Savemann (F.V.P.) erklärte, seine Partei sei außerordentlich glücklich, daß sie an diesem Entwurf völlig unteilhaft sei. Die Vorlage sei in Vausch und Vogen abzulehnen. — Abgeordneter Parischat (Dem.) schloß sich der Ablehnung des Entwurfes an.

Der Vorsitzende der Handwerkerkammer München, Wra, teilte mit, der bairische Ministerpräsident habe vor kurzem die Vertreter der Gewerbe gebeten, im Rahmen der Möglichkeit angeheft der Notlage weiter Kreise ein Opfer zu bringen, aber an Preisprüfungsstellen und dergl. denke die bairische Regierung nicht, sondern sie denke durch namentliche Ausdrücke und Freistellungnahme Erleichterungen zu erzielen. — Der Vorsitzende der Handwerkerkammer, Grüter, weist auf zahlreiche Protestversammlungen gegen den Gesetzentwurf hin und betont den Willen zu einmütigem Zusammengehen des gesamten Handwerks. Hierauf wird folgende

Entscheidung

einstimmig angenommen, in der es heißt:

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks erklärt zu dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Preisabbaues: Der Reichsverband des Deutschen Handwerks hat durch den Beschluß seines Ausschusses vom 25. November 1925 bewiesen, daß er hinsichtlich des Preisabbaues mit der Reichsregierung bis an die Grenze der Möglichkeit gehen will. Soll ein Verstoß aber hinsichtlich der Preisbildung auf seine Mitglieder einwirken, so darf seinen Organen nicht die Möglichkeit genommen werden, wichtige Aufstellungen zu lehren und diese auf Beispielen zu erläutern. Auswüchse im öffentlichen und privaten Verbindungswesen, die die Reichsregierung mit ihrem Entwurf befehlen will, sind lediglich eine Folge des gesamten Systems. Die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Maßnahmen gegen die Preisbildung werden als unbillig einseitig und praktisch undurchführbar abgelehnt. In der bestehenden Teuerung ist die Reichsregierung insofern ihrer wirtschaftlichen Maßnahmen mit verantwortlich. Sie darf die Verantwortung hierfür nicht auf die Wirtschaft oder gar auf einzelnen Berufsstand abwälzen. Der Reichsverband erhebt deshalb namens des gesamten deutschen Handwerks schärfsten Protest gegen die in dem Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaues enthaltenen Sonderbestimmungen gegen das Handwerk. Als eine der weitestgehenden Voraussetzungen für eine wirkliche Gesundung der Wirtschaft fordert das Handwerk sparsame Finanzwirtschaft des Reichs, der Länder und Kommunen, Steuerermäßigungen und Unterlassung jeder Steuerüberhöhungspolitik, eine gesunde Berücksichtigung der Notlage der Wirtschaft bei allen sozialpolitischen Maßnahmen, Herabsetzung der Verwaltungsgebühren, Gerichtsgebühren, Eisenbahn- und Posttarife.

Ferner wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der die Ausdehnung der gesetzlichen Kwanasversicherung auf das Handwerk abgelehnt wurde. In den Vorstand des Reichsverbandes wurden wiedergewählt: Hansen (Hamburg), Präsident Plato (Hannover) und Willmann (Hannover). Dinauschiedt wurden ferner die Herren Müller (Berlin) und Präsident Welter (Köln). Darauf wurde die Tagung geschlossen.

Merriol wieder Kammerpräsident.

Berlin, 12. Januar. In der heutigen Eröffnungssitzung der Kammer wurde Dr. Merriol mit 300 von 324 Stimmen zum Präsidenten der Kammer wiedergewählt. Die restlichen Stimmen, die von den Kommunisten abgegeben wurden, fielen auf deren Parteiführer Marcel Cachin. Etwa 250 Abgeordnete der Rechten enthielten sich der Abstimmung.

Die ungarische Falschmünzer-Maschine.

Nach kein Ende der Untersuchungen.

Budapest, 12. Januar. Heute nacht wurden sämtliche Detektive und Polizeibeamte, die in der Frankenscheraffäre bisher gearbeitet haben, zur Wiederaufnahme der Erhebungen dringend in das Gebäude der Polizeidirektion gerufen. Um 1 Uhr nachts schwärmten die Detektive aus, in welchem Auszuge, ist noch nicht bekannt. Sie kehrten erst in den Morgenstunden wieder zurück. Dieses Ausgehen der Untersuchungsämter deutet darauf hin, daß noch nicht alle Sensationen der Frankenscheraffäre erschöpft sind. An das weitere Verbleiben der französischen Delegierten in Budapest werden im übrigen die weitestgehenden Kombinationen geknüpft, u. a. auch die, daß außer Windischgrätz und Radoffo noch andere Persönlichkeiten als intellektuelle Urheber in Betracht kommen.

Bei der französischen Gesandtschaft laufen immer noch Briefe und anonyme Anzeigen ein. Ein besonderes Augenmerk wird den Vernehmungen des Chefscheffs des Prinzen Windischgrätz gewidmet, der darüber verhört wird, welche Persönlichkeiten er im Auftrag des Prinzen Windischgrätz gefahren habe, und zwar wohn, zu welcher Zeit usw.

Die Maschine der ungarischen Notenfälscher.

Von der Dresden-Weipziger Schnellpressen-Fabrik A. O. Cosmia i. Sa. wird ausgeschrieben: In der Budapest Fälscherangelegenheit werden im Zusammenhang mit unserer Firma bzw. mit der Weipziger Schnellpressenfabrik, A. O., vorm. Schmers, Werner & Zielen, Weipzig, deren Abteilung für Offsetmaschinenbau mit unserer Firma vereinigt ist, falsche Mittelungen gebracht. Die Sachlage ist folgende: Das Kartographische Institut in Budapest hatte vor vielen Monaten bei uns bzw. bei der Weipziger Schnellpressenfabrik eine Offsetmaschine bestellt. Jetzt, bei Entdeckung der Fälschungen, sollte diese Maschine zur Aufstellung gelangen und lag in einzelnen Teilen, also auseinandergenommen, fertig zur Montage in den Räumen des Kartographischen Instituts. Aus diesem Umstand, daß die einzelnen Teile der Maschine noch in der Druckerei herumlagen, haben Laien angenommen, daß dies die Maschine sei, auf der die falschen Banknoten gedruckt worden wären, während sie in Wirklichkeit noch gar nicht in Betrieb genommen worden war.

Fernerhin läuft es direkt der Wahrheit zuwider, wenn behauptet wird, daß die Fälscher mit der Weipziger Schnellpressenfabrik unterhandelt hätten, denn es ist hierzu nicht der geringste Anlaß vorhanden gewesen, da Maschinen der Weipziger Firma im Kartographischen Institut in Budapest schon vor dem Kriege in Betrieb waren.

Ernte Folgen der Räuberfah in Mexiko.

Trochender Abbruch der mexikanisch-amerikanischen Beziehungen?

Newyork, 12. Jan. Der Banditenüberfall auf den Eisenbahnzug Guadalupe-Mexiko, bei dem, entgegen anderslautenden Meldungen, auch ein amerikanischer Staatsbürger getötet worden ist, hat die Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko aufs Höchste gehiehet. Präsident Coolidge konterte gestern mit dem Außenminister Kellogg längere Zeit, wobei über die gegen Mexiko zu ergreifenden Maßnahmen beraten wurde. Nach amerikanischer Ansicht ist die Regierung des Präsidenten Calles fremdenfeindlich und an guten Beziehungen zu Washington nicht sonderlich interessiert. (Z. U.)